

Wiesbaden, den 20. März 2002
ok

„Ja zum Zuwanderungsgesetz“

Bundesausländerbeirat fordert Zustimmung der Länder
im Bundesrat

Die Länder sollen am Freitag im Bundesrat dem Zuwanderungsgesetz zustimmen. Das hat heute der Bundesausländerbeirat in Wiesbaden gefordert.

Ein Nachsitzen im Vermittlungsausschuss lehnte Memet Kilic, Vorsitzender des Beirates, ausdrücklich ab: „Schon jetzt steckt der Entwurf voller Zugeständnisse an die Opposition. Weitere Nachverhandlungen können nur zu Lasten der Migrantinnen und einer vernünftigen Regelung der Zuwanderung gehen.“

Schon jetzt sei das Gesetz unausgewogen. Nationale ökonomische Interessen stünden eindeutig im Vordergrund. Verbesserungen für hier bereits lebende Zuwanderer suche man vergebens. Die Herabsetzung der Kindernachzugsalters greife in unverantwortlicher Weise in das Erziehungsrecht der Eltern ein.

Dennoch gehe es jetzt um die Grundsatzentscheidung, ob eine Neuorientierung in der Zuwanderungspolitik gewollt ist oder nicht. „Mit der Lebenslüge, Deutschland sei keine Einwanderungsland, muss endlich Schluss sein,“ so Kilic. Das Gesetz trage dazu bei, diese Haltung zu überwinden und bilde – trotz aller Kritik – eine solide Basis für eine zukunftsfähige Migrations- und Integrationspolitik.

Kleinkariertes Manövrieren aus wahltaktischen Gründen verbiete sich gerade bei diesem sensiblen und komplexen Thema. Deshalb dürfe die Debatte nicht in den Bundestagswahlkampf hineingetragen werden. Kilic: „Eine populistische Diskussion wird immensen gesellschaftlichen Schaden anrichten. Dies kann sich Deutschland weder aus ökonomischen noch politischen Gründen leisten.“

Geschäftsstelle:

c/o AGAH

Kaiser-Friedrich-Ring 31

65185 Wiesbaden

tel.: 0611/ 98 99 5-0

fax: 0611/ 98 99 5-18